

N i e d e r s c h r i f t
über eine Sitzung
des Amtsausschusses des Amtes Langballig
am Montag, d. 30. August 2004 um 20.00 Uhr
im „Landgasthaus Bönstrup“

Tagesordnung:

1. Berichte der Ausschussvorsitzenden, der BürgermeisterInnen und des Amtsvorstehers
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.06.2004
4. Abschluss einer Vereinbarung über kommunale Kooperationen im Raum Flensburg
5. Abschluss einer Gewerbeflächenvereinbarung im Raum Flensburg
6. Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV)
hier: Optionsmodell/Experimentierklausel
7. Feststellung des Ergebnisses der Jahresrechnung 2003
8. Verschiedenes
9. Grundstücks- und Vertragsangelegenheiten
(unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Anwesende

seitens des Amtsausschusses:

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann, Westerholz – zugl. als Vorsitzender
Bürgermeister Peter-Wilhelm Jacobsen, Dollerup
Bürgermeisterin Silke Schreiber, Grundhof
Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen, Langballig
Bürgermeisterin Margrit Jebesen, Munkbrarup
Bürgermeister Hans-Detlef Jordt, Ringsberg
Bürgermeister Ulrich Christophersen, Wees
Amtsausschussmitglied Thomas Petersen, Dollerup
Amtsausschussmitglied Peter Tramsen, Dollerup
Amtsausschussmitglied Bernd Wunder, Grundhof
Amtsausschussmitglied Nikolaus Asmussen
Amtsausschussmitglied Birgit Bialluch, Langballig
Amtsausschussmitglied Heiner Iversen, Munkbrarup
Amtsausschussmitglied Gerd Bremer, Munkbrarup
Amtsausschussmitglied Wolfgang Striebich, Wees
Amtsausschussmitglied Gerd Voß, Wees
Amtsausschussmitglied Claus Mangelsen, Wees
Amtsausschussmitglied Meike Jochimsen, Wees
Amtsausschussmitglied Jürgen Hansen, Westerholz

seitens der Presse:

Horst Mahlenbrei, Flensburger Tageblatt

seitens der Amtsverwaltung:

LVB Walter Schober
Praktikant Henning Rehbehn
Protokollführerin Ute Laffrenzen

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 22.15 Uhr

Die Mitglieder des Amtsausschusses waren durch Einladung vom 17.08.2004 auf heute unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

- Die Verhandlungen finden – bis auf Tagesordnungspunkt 9 - in öffentlicher Sitzung statt. -

Um 20.00 Uhr eröffnet Amtsvorsteher Jürgen Bachmann die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Amtsausschusses, Herrn Mahlenbrei von der Presse sowie die Vertreter der Amtsverwaltung. Es nehmen keine Zuhörer teil. Sodann stellt er die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Amtsvorsteher Jürgen Bachmann, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 7 „Feststellung des Ergebnisses der Jahresrechnung 2003“ zu erweitern. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Einstimmiger Beschluss:

Der Änderung der Tagesordnung wird zugestimmt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Berichte der Ausschussvorsitzenden, der BürgermeisterInnen und des Amtsvorstehers

1.1 Bericht der Vorsitzenden des Finanzausschusses:

Ausschussvorsitzende Margrit Jebesen teilt mit, dass der Ausschuss am 28.06., 29.07. und 19.08.2004 getagt hat und sich in den Sitzungen mit folgenden Themen beschäftigt hat:

- Beteiligung des Amtes Langballig am Regionsstand „Flensburger Förde“ auf der Hanseboot 2004
- Abschluss einer Vereinbarung über kommunale Kooperation im Raum Flensburg
- Abschluss einer Zielvereinbarung über die Gewerbeflächenversorgung in der Region Flensburg
- Die Anschaffung eines Geschwindigkeitsmessgerätes auf Amtsebene wird nicht realisiert, da die Gemeinde Wees ein derartiges Gerät von der Stadt Glücksburg anmietet und die Gemeinden Langballig und Westerholz bereits über ein Messgerät verfügen.
- Angesichts der Haushaltslage wird auf die Reparatur der Wärmepumpenanlage in der Amtsverwaltung verzichtet.
- Die Stadt Glücksburg, die Gemeinde Sörup und die Ämter Hürup und Langballig planen die Herausgabe einer Wanderkarte.

- Das Rentnerwohnheimes Dollerup wird an einen Interessenten aus Sterup veräußert.
- Mit dem neuen Tagesbetreuungsausbaugesetz werden die Kommunen verpflichtet, ihr Angebot an Krippen- und Tagesplätzen erheblich zu erweitern.
- Die E.ON-Hansen AG ist als günstigster Bieter aus der Bündelausschreibung Strom hervorgegangen.
- Frau Anna Greta Petersen führt ein freiwilliges soziales Jahr durch und unterstützt während dieser Zeit die Amtsjugendpflegerin Dorit Jensen
- Ein neuer Rasenmäher ist für den TV Grundhof angeschafft worden.
- Umfangreiche Personalveränderungen im Amt Langballig
- Neue Trägerschaft für die Kreissporthalle Scheersberg
- Ein Angebot zum Kauf des Rentnerwohnheimes Wees liegt vor
- Anschaffung eines Notstromaggregates für die Amtsverwaltung

1.2 Bericht des Vorsitzenden des Liegenschaftsausschusses:

Ausschussvorsitzender Gerd Bremer teilt mit, dass der Liegenschaftsausschuss seit der letzten Sitzung des Amtsausschusses nicht getagt hat. Die Sanierung der Hausmeisterwohnung in Streichmühle ist abgeschlossen und die Sanierung der GHS Munkbrarup beginnt, sobald die Darlehen genehmigt sind.

1.3 Bericht des Amtsvorstehers

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann berichtet über folgende Angelegenheiten:

- Die Diakonie-Sozialstation hat eine erfreulich positive wirtschaftliche Entwicklung.
- Das Abkommen für die Partnerschaft mit der polnischen Gemeinde Ruciani Nida wird vorbereitet.
- Teilnahme am Stadtfest Malchow
- Der Tourismusverein hat sich positiv über die Arbeit des Bürgerbüros im Bereich des Fremdenverkehrs geäußert.
- Neue Trägerschaft für die Kreissporthalle Scheersberg
- Der Dorfentwicklungsplan ist abgeschlossen.
- 25 Jahre Weeser Tennis-Club
- Auszeichnung „Umweltfreundliche Gemeinde“ für Langballig
- Auszeichnung der Gemeinde Munkbrarup durch die Europa Union, Kreisgruppe Schleswig-Flensburg, aufgrund der hohen Wahlbeteiligung zur Europa-Wahl
- Abschiedsfeier am Ende der DLRG-Wachssaison
- 40-jähriges Dienstjubiläum LVB Walter Schober
- Der Naturschutzverein des Amtes Langballig leistet gute Arbeit.

1.4 Berichte der BürgermeisterInnen

1.4.1 Grundhof

Bürgermeisterin Silke Schreiber berichtet über:

- Osterausstellung 2004
- Topografie Gemeinde Grundhof im Flensburger Tageblatt
- 350 Jahre Bönstruper Allmende
- Neugestaltung des Dorfplatzes in Grundhof
- Wanderweg Bönstrup – Ranmark ist in Planung

- Erhöhung der Hundesteuer
- Abschluss Jahresrechnung 2003
- Zuschuss zum Spaßbad Glücksburg
- Entschlammung der Klärteiche und Anschaffung einer Rechenanlage

1.4.2 Munkbrarup

Bürgermeisterin Margrit Jebesen berichtet über:

- Erweiterung der Kläranlage
- Baumaßnahmen der Ortsentwässerung im Ortsteil Rüde
- B-Plan Nr. 9 „Brennacker“
- EU-Preisverleihung
- Gasthof Munkbrarup hat ab 01.09.2004 einen neuen Pächter

1.4.3 Langballig

Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen berichtet über:

- Verleihung „Umweltfreundliche Gemeinde“
- Badeinsel in Langballigau
- Spielplatz-Neugestaltung in Langballigau
- Erneuerung der Unewatter Straße
- Umbau des Bio-Masse-Heizwerkes
- Neuer Betreiber des Bio-Masse-Heizwerkes
- Antrag des Kindergartens zum Anbau eines Bewegungsraumes

1.4.4 Ringsberg

Bürgermeister Hans Detlef Jordt berichtet über:

- Kinder-/Sommerfest
- Wasserfest nach Abschluss der Baumaßnahme Wasserversorgung Ringsberg
- Energieeinsparung bei der Straßenbeleuchtung

1.4.5 Dollerup

Bürgermeister Peter-Wilhelm Jacobsen berichtet über:

- Reduzierung Straßenbeleuchtung
- Veranstaltungen, u.a. Nördlichstes Weinfest, Grillabend, Fahrradrallye
- Renovierung des Spielplatzes mit Hilfe der Feuerwehr
- 2 km neuer Straßenbelag
- Erschließungsarbeiten im B-Gebiet „Breitenstein III“ sind abgeschlossen
- Sanierung des Fußbodens in der Gaststätte Streichmühle
- Funksendestelle Terkelstoff ist abgeschaltet

1.4.6 Wees

Bürgermeister Ulrich Christophersen berichtet über:

- Dorffest – Ausrichtung durch IG Gewerbe
- ab 15.08.2004 neuer Gastwirt im Gasthaus Wees
- Triathlon
- 25 Jahre Tennis-Club Wees
- Einweihung der Seniorenwohnanlage
- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Dorf- und Schmiedestraße
- Niederschlagswassersatzung in Planung
- Sachstand zum Seniorenpflegeheim in Langballig

1.4.7 Westerholz

Bürgermeister Jürgen Bachmann berichtet über:

- B-Gebiet Nr. 6 „Achtern Krog“
- Fertigstellung der Strandpromenade
- Bau eines Strandpavillions
- Sanierung der Toiletten in Dollerupholz
- Waldfest
- Auszeichnung „Roter Hahn“ für die Feuerwehr Dollerupholz-Nordballig

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Der Tagesordnungspunkt entfällt. Es nehmen keine Zuhörer an der Sitzung teil.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.03.2004**

Einstimmiger Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.03.2004 wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: **Abschluss einer Vereinbarung über kommunale Kooperationen im Raum Flensburg**

LVB Walter Schober führt aus, dass Ausgangspunkt die Zielvereinbarung für die Neuausweisung von Wohnflächen in der Region Flensburg vom 18. Januar 2001 ist.

Darin wurde festgelegt, dass die Stadt Flensburg und die 22 Gemeinden des erweiterten Umlandes (1. Siedlungsring) die nachbarschaftliche Abstimmung intensivieren und konsensorientiert gemeinsame Entwicklungsziele anstreben wollen.

Als erster wichtiger und dringlicher Abstimmungsbedarf wurde die regionalorientierte Wohnbauflächenausweisung angesehen.

Dazu diene diese 1. Zielvereinbarung; weitere Zielvereinbarungen sollten folgen.

In der 1. Zielvereinbarung wurde festgelegt, dass in der Region bis zum Ende des Jahres 2006 bedarfsorientiert Neubaugebiete für insgesamt 2.400 Eigenheimgrundstücke im Rahmen von Bebauungsplänen ausgewiesen, erschlossen und zur Vergabe angeboten werden konnten.

1.200 Wohneinheiten für Flensburg und
1.200 Wohneinheiten im Umland!

Abgestimmt wurden die Einheiten in einer so genannten Koordinierungsgruppe, bestehend aus den Leitenden Verwaltungsbeamten, Vertretern der Stadt und einem Sprecher der politischen Vertretungen des Nahbereichs.

Die in der Koordinierungsgruppe abgestimmten Wohnbauplanungen galten/gelten als nachbarschaftlich und regional abgestimmt, auch im Sinne der Landesplanung.

Diese 1. Zielvereinbarung hat sich in der Zwischenzeit bewährt und soll jetzt durch eine weitere Vereinbarung über kommunale Kooperation im Raum Flensburg erweitert werden.

Bundesweite Erfahrungen mit der interkommunalen Kooperation haben gezeigt, und dieses wird von der Landesplanungsbehörde, der Stadt Flensburg und der Koordinierungsgruppe unterstützt, dass nur eine „organisierte“ Kooperation, also eine solche mit festen Arbeitsstrukturen (vor allem Gremien und fester Sitzungsrhythmus) erfolgreich sein kann.

Gleichzeitig soll die Möglichkeit eröffnet werden, die Kooperation auf das erweiterte Umland, den so genannten 2. Siedlungsring mit der Gemeinde Sörup und den Ämtern Eggebek, Satrup, Schafflund und Steinbergkirche zu erweitern.

So ist in dieser „2. Zielvereinbarung“ die Organisation/die Besetzung usw. der Stadt-Umland-Konferenz und der Koordinierungsgruppe geregelt und zum Anderen die Möglichkeit eröffnet worden, Arbeits- oder Projektgruppen einzurichten.

Beschluss bei 17 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen:

Der Amtsausschuss stimmt dem Abschluss einer Vereinbarung über kommunale Kooperationen im Raum Flensburg, wie er der Niederschrift beigefügt ist, zu.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Abschluss einer Gewerbeflächenvereinbarung im Raum Flensburg

LVB Walter Schober führt aus, dass Ausgangspunkt die 1. Zielvereinbarung über die Neuausweisung von Wohnbauflächen vom 18.01.2001 ist.

Mit dieser nun vorliegenden Vereinbarung erfolgte die Abstimmung zu einem weiteren regional bedeutsamen Thema, nämlich die Planung von Gewerbeflächen.

Vorrangiges Ziel der Gewerbeflächenvorsorge ist die Entwicklung des Unternehmensbestandes der jeweiligen Kommunen. Dementsprechend sollen über die vorstehende Regelung hinaus Gewerbeflächen im Einzelfall auch in Gemeinden ohne Funktionszuweisungen geschaffen, erweitert und gefördert werden können, wenn dieses für sich im Ort entwickelnde Betriebe am Standort notwendig ist.

Die Neuausweisung von Gewerbeflächen, auch in Gemeinden ohne Gewerbefunktion, erfolgt nach Abstimmung innerhalb der Koordinierungsgruppe, um eine qualitativ und quantitativ angemessene Flächenvorsorge in der gesamten Region zu gewährleisten.

Ziel der Flächenvorsorge ist die Vermeidung von Flächenengpässen und die Vorhaltung eines differenzierten Gewerbeflächenangebotes, um der regionalen Nachfrage stets gerecht werden zu können.

Bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen wird berücksichtigt, dass der bisherige durchschnittliche Jahresbedarf im erweiterten Mittelbereich ca. bei 10 ha liegt und die vorhandenen Überkapazitäten behutsam reduziert werden sollen.

Weiterhin soll die Bildung von kommunalen Gemeinschaftsstandorten angestrebt werden, um eine effiziente, dem jeweiligen Teilraum angepasste Standortentwicklung zu gewährleisten.

Die Ausweisung neuer Gewerbeflächen soll in der Regel nur in guter räumlicher und verkehrsmäßiger Anbindung an vorhandene zusammenhängende Ortsteile vorgenommen werden.

Die Abstimmung bei der Realisierung der vereinbarten Hauptziele soll wieder durch die Koordinierungsgruppe erfolgen.

Die in der Koordinierungsgruppe abgestimmten Gewerbeflächenplanungen gelten als nachbarschaftlich und regional abgestimmt, auch im Sinne der Landesplanung.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss stimmt dem Abschluss einer Gewerbeflächenvereinbarung im Raum Flensburg, wie sie der Niederschrift beigelegt ist, zu

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV)

hier: Optionsmodell/Experimentierklausel

Nach § 6a (Experimentierklausel) des Kommunalen Optionsgesetzes sollen an Stelle der Agenturen für Arbeit (die früheren Arbeitsämter) als Träger aller Hartz IV-Leistungen im Wege der Erprobung auch kommunale Träger zugelassen werden.

In Schleswig-Holstein haben vier kommunale Träger die Möglichkeit, die Zulassung für diese Aufgabe auf Antrag erteilt zu bekommen.

Der Antrag ist bis zum 15.09.2004 mit Wirkung ab 01.01.2005 an die oberste Landesbehörde zu richten.

Die Entscheidung über die Anerkennung als Modellkommune soll spätestens bis zum 01.10.2004 durch den Bund erfolgen. Die Zulassung wird dann für den Zeitraum von sechs Jahren erteilt werden. Nach Ablauf dieser Frist wird neu entschieden.

Der Kreistag Schleswig-Flensburg hat sich am 25.08.04 für einen solchen Antrag ausgesprochen und beabsichtigt, zur künftigen Aufgabenerfüllung fünf bis sieben Sozialzentren im Kreisgebiet bzw. evtl. für die Ämter und Gemeinden der so genannten Halskrause um die Stadt Flensburg herum in Flensburg einzurichten.

Geplant ist, dass solchen Sozialzentren neben den bisherigen Aufgaben der Sozial- und Wohngeldämter die neuen kommunalen Aufgaben nach dem SGB II sowie die Aufgaben der Agentur für Arbeit, soweit es das Arbeitslosengeld II und die Arbeitsvermittlung betrifft, übernehmen, womit die Betreuung aus einer Hand gewährleistet sein würde.

Allein ca. 6.000 bisherige Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfänger (Bedarfgemeinschaften) aus dem Kreisgebiet werden ab Januar 2005 das neue Arbeitslosengeld II nach dem Sozialgesetzbuch Zwei (SGB II) beziehen und sind zu betreuen.

Hinzu kommen dann die restlichen (nicht erwerbsfähigen) Sozialhilfeempfänger nach dem neuen Sozialgesetzbuch Zwölf (SGB XII), Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Empfänger von Grundsicherung (Erwerbsunfähige und über 65jährige) sowie die verbleibenden Wohngeldempfänger, die keine Transferleistungen, wie die vorgenannten Sozialleistungen, beziehen.

Die einzelnen Aufgaben gliedern sich auf in Aufgaben, die per Gesetz in die kommunale (gleich Kreis-) Zuständigkeit fallen und in Aufgaben, die bisher in den Zuständigkeitsbereich der Agentur für Arbeit fielen.

Zu den originären Aufgaben des kommunalen Kreisträgers nach dem SGB II zählen:

- Leistungen zur Eingliederung in das Erwerbsleben
- Kinderbetreuung oder häusliche Pflege von Angehörigen
- Schuldnerberatung
- psychosoziale Betreuung sowie Suchtberatung
- Leistungen für Unterkunft und Heizung in angemessener Höhe
- einmalige Leistungen für Erstausrüstung einer Wohnung, Erstausrüstung von Bekleidung einschl. bei Schwangerschaft und Geburt Schulwanderfahrten sowie darlehensweise Übernahme von Mietschulden.

Von der Agentur für Arbeit würden die Sozialzentren folgende Aufgaben übernehmen:

- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, wie Eingliederungsvereinbarung, Eingangsberatung, Erstprofilierung, Beratung und Vermittlung, insbesondere Berufsberatung und Arbeitsmarktberatung, Trainingsmaßnahmen, Eignungsfeststellungen, Qualifizierung, Gewährung von Lehrgangskosten, Mobilitätshilfen, Weiterbildungskosten, Existenzgründungszuschüssen,
- Schaffung von Arbeitsangelegenheiten
- Schaffung von Ausbildungsplätzen
- Einstiegsgeld
- Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz
- Leistungen des Arbeitslosengeldes II einschließlich des Sozialgeldes für nicht-erwerbsfähige Angehörige und im Bedarfsfall Mehrbedarfzuschläge.

Hinzu kommen dann noch die von den Kommunen nach dem SGB XII zu erbringenden Sozialhilfeleistungen, die Zahlung des Wohngeldes sowie die Grundsicherungsleistungen und die Asylbewerberleistungen.

Außerdem sollen u.U. die bisher von Sozialämtern oder Bürgerbüros bearbeiteten Anträge auf Rundfunk- und Fernsehgebührenbefreiungen, Schwerbehindertenausweis anträge und Anträge auf Erziehungsgeld den Sozialzentren übertragen werden.

Verschiedene Gemeinden und Ämter haben sich bereits Gedanken darüber gemacht, wo die neu zu schaffenden Sozialzentren ihren Sitz haben und welchen Bereich sie abdecken sollen:

1. Eine Gruppe der Leitenden Verwaltungsbeamten, Kreis Schleswig-Flensburg, hat den Vorschlag unterbreitete, insgesamt 7 Sozialzentren im Kreis zu bilden.

- 1.1 Bereich Glücksburg, Langballig und Steinbergkirche = rd. 21.000 Einwohner
- 1.2 Bereich Hürup, Satrup und Sörup = rd. 18.000 Einwohner
- 1.3 Bereich Süderbrarup, Gelting, Kappeln und Kappeln-Land = rd. 29.000 Einwohner
- 1.4 Bereich Tolk, Haddeby, Schuby, Silberstedt, Böklung und Schleswig = rd. 60.000 Einwohner
- 1.5 Bereich Kropp und Stapelholm = rd. 17.000 Einwohner
- 1.6 Bereich Oeversee und Eggebek = rd. 20.000 Einwohner
- 1.7 Bereich Schafflund, Handewitt und Harrislee = rd. 34.000 Einwohner
2. Eine Alternative wäre den Bereich im Osten der Stadt zusammenzulegen, bestehend aus Glücksburg, Langballig, Steinbergkirche, Hürup und Sörup. Der Bereich hätte ca. 33.500 Einwohner zu betreuen (mit Satrup ca. 39.000 Einwohner)
3. Über die Alternative 2 wurde mit den Beteiligten, auf Veranlassung von Amtsvorsteher Heiner Tramsen, Hürup, in der Amtsverwaltung Langballig am 09.08.2004 ein Gespräch geführt.

Hauptsächlich auf Initiative vom Amt Satrup und der Gemeinde Sörup wurde dann eine Alternative 3 entwickelt. Nördliches Angeln, bestehend aus Glücksburg, Langballig und Hürup, mit rd. 20.000 Einwohnern und Mittleres Angeln, bestehend aus Steinbergkirche, Sörup und Satrup mit rd. 19.000 Einwohnern.
4. Man könnte sich auch vorstellen, um Flensburg herum, eine so genannte „kleine Halskrause“ - den jetzt bestehenden 1. Siedlungsring – zusammenzufassen: Harrislee, Handewitt, Oeversee, Hürup, Glücksburg und Langballig mit rd. 55.000 Einwohnern

oder
5. eine „große Halskrause“ zu bilden (aus dem 1. und 2. Siedlungsring): Schafflund, Eggebek, Harrislee, Handewitt, Oeversee, Hürup, Satrup, Sörup, Steinbergkirche, Langballig und Glücksburg mit rd. 92.500 Einwohnern.

Die Mitglieder des Amtsausschusses sprechen sich für die Schaffung eines kommunalen Sozialzentrums zusammen mit der Stadt Glücksburg und dem Amt Hürup im Gebiet der Stadt Flensburg aus.

Ein in Flensburg gelegenes, zentrumsnahes Sozialzentrum wäre durch die bestehenden Verkehrsanbindungen begünstigt, mit Blick auf die Arbeitsmarktpotenziale des Oberzentrums und der sich in diesem Zusammenhang aus Hartz IV ergebenden Aufgabenerfüllung strategisch bedeutsam, könnte mit ca. 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner effektiv und effizient betrieben werden und könnte in besonderer Weise ggf. sich entwickelnde Konkurrenzeffekte zu sonstigen Institutionen der Arbeitsvermittlung kompensieren.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:
Feststellung des Ergebnisses der Jahresrechnung 2003

Ausschussvorsitzende Meike Jochimsen trägt die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung der Jahresrechnung 2003 des Amtes Langballig, die am 25.05.2004 stattgefunden hat, vor.

Danach schließt der **Verwaltungshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben

in Höhe von **3.024.219,07 Euro**

und

der **Vermögenshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben

in Höhe von **366.997,39 Euro**

ab.

Das Abschlussergebnis wurde als rechnerisch richtig ermittelt anerkannt.

Die Summe der Haushaltsüberschreitungen in den Haushalten betrug **7.827,42 Euro**, das sind 0,24 % des Haushaltsvolumens.

Die über – bzw. außerplanmäßigen Ausgaben waren unabwendbar und zu vertreten. Es wurden keine Bedenken gegen eine nachträgliche Genehmigung erhoben.

Die Zusammenstellung der Einzelmaßnahmen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt wurde anhand der Jahresrechnung vorgelegt.

Nach Feststellung des vorstehenden Ergebnisses der Jahresrechnung aufgrund der vorgelegten Haushaltsrechnungen wurde durch die Ausschussmitglieder eine Überprüfung der einzelnen Positionen vorgenommen.

Hierbei wurde insbesondere geprüft, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind,
3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den Beschlüssen des Amtsausschusses und der Ausschüsse des Amtes ordnungsgemäß verfahren worden ist,
4. die Vermögensrechnung einwandfrei geführt worden ist.

Die Überprüfung nach vorstehenden Gesichtspunkten erfolgte stichprobenweise.

Es ergaben sich folgende Beanstandungen:

Bei den Belegen zu den Sitzungskosten fehlen die detaillierten Aufstellungen der Speisen und Getränke.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss nimmt das Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung zustimmend zur Kenntnis und genehmigt die über- und außerplanmäßigen Ausgaben.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:
Verschiedenes

Kreissporthalle Scheersberg

Amtsvorsteher Bachmann berichtet, dass der Kreis eine neue Trägerschaft für die Kreissporthalle sucht.

Das Amt Steinbergkirche beabsichtigt, die Kreissporthalle in die Treuhänderschaft des Grenzvereines zu übergeben. Die Ämter Steinbergkirche, Langballig und Hürup beteiligen sich mit einer Pauschale entsprechend ihrer Nutzungszeit an den Unterhaltungskosten.

Die Kosten für das Amt Langballig würden jährlich bei 4.000 bis 8.000 Euro liegen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss stimmt der o.a. Lösung, zu.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:
Grundstücks- und Vertragsangelegenheiten
(unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Siehe gesonderte Niederschrift – nicht öffentlicher Teil -.

Um 22.12 Uhr wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Es nehmen keine Zuhörer teil.

Amtsvorsteher Bachmann bedankt sich bei allen Amtsausschussmitgliedern für die gefassten Beschlüsse und schließt die Sitzung um 22.15 Uhr.

gez. Jürgen Bachmann
Amtsvorsteher

gez. Ute Laffrenzen
Protokollführerin